

## Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Zaklin Nastic und der Gruppe BSW**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zum Europäischen Rat am 27. und 28. Juni 2024 in Brüssel und zum NATO-Gipfeltreffen vom 9. bis 11. Juli in Washington, D.C.**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Atommächte investieren laut einer Studie der Internationalen Kampagne gegen Atomwaffen (ICAN) immer höhere Summen in die Aufrüstung ihrer Nuklearwaffenarsenale. In den vergangenen fünf Jahren sind demnach die Ausgaben um mehr als ein Drittel angestiegen. Auch das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI äußert sich besorgt über die Modernisierung der Atomwaffen und die erhöhte die Zahl der einsatzbereiten Sprengköpfe.

2023 gaben die Atommächte zusammen 91 Milliarden US-Dollar für ihre Arsenale aus, wie es in einem Bericht der ICAN heißt. 2018 waren es demnach noch 68,2 Milliarden US-Dollar. Die USA investierten im vergangenen Jahr laut ICAN 51,9 Milliarden US-Dollar in ihre Atomwaffen, mehr als alle anderen Atommächte zusammen. Die USA sind zudem auch für 80 Prozent der weltweiten Mehrausgaben für Atomwaffen im Jahr 2023 verantwortlich.

Hinter dem größten Atomwaffen-Investor USA folgten mit Abstand China, das 11,8 Milliarden US-Dollar für sein Atomwaffenarsenal ausgab, und Russland mit 8,3 Milliarden US-Dollar. Die Mittelmacht Großbritannien gab mit 8,1 Milliarden US-Dollar fast so viel wie Russland aus.

Seit 2018 gaben die neun Nuklear-Staaten – neben den USA, China, Russland und Großbritannien sind es Frankreich, Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea – 387 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen aus.

Im Januar hielten die Atommächte laut SIPRI etwa 9.600 der weltweit gut 12.100 nuklearen Sprengköpfe in ihren Lagern für mögliche Einsätze bereit, etwa 2.100 davon in „hoher Alarmbereitschaft“. Fast alle dieser Sprengköpfe befinden sich im Besitz der USA und Russlands, die zusammen über fast 90 Prozent aller Atomwaffen weltweit verfügen. Laut SIPRI hält erstmals vermutlich auch China einige Atomsprengköpfe in „hoher Alarmbereitschaft“.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sich für eine Abschaffung der Atomwaffen, so wie sie der Atomwaffensperrvertrag vorschreibt, international einzusetzen;
  2. sich für einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen;
  3. einen Erstschlagsverzicht mit Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO zu erklären;
  4. im Rahmen der NATO auf einen Erstschlagsverzicht mit Atomwaffen des Militärpakts hinzuwirken;
  5. den Beschluss des Bundestages aus dem Jahr 2010 zum Abzug der US-Atomwaffen endlich umzusetzen und „sich gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“ (BT-Drs. 17/1159), auch um damit die demokratische Souveränität Deutschlands zu sichern.

Berlin, den 25. Juni 2024

**Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe**